

LANDESHAUSHALTSPLAN

für das Haushaltsjahr 2000

Einzelplan 14

Versorgung

INHALT

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort	2
14 03	Zivilversorgung	6
14 04	Andere Versorgungsbezüge	13
14 08	Hessische Beamtenkrankenkasse in Darmstadt	19
	Abschluss des Einzelplans 14	24
	Stellenpläne, Stellenübersichten	27

Vorwort zum Einzelplan

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Aufgaben:

Im Einzelplan 14 werden nachgewiesen:

1. Die Versorgung der Ruhestandsbeamten und der Hinterbliebenen von Staatsbeamten einschließlich des unter § 63 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetz fallenden Personen (G 131) und des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes (BWGöD) fallenden Personenkreises.
2. Die Versorgung der versorgungsberechtigten ehemaligen Bediensteten der Bezirksverbände und ihrer versorgungsberechtigten Hinterbliebenen, soweit sie nicht vom Landeswohlfahrtsverband übernommen worden ist.
3. Die Versorgung der Hinterbliebenen der ehemaligen Angehörigen des Technischen Überwachungsvereins.
4. Versorgungsbezüge der Beamten der Technischen Überwachung und ihrer Hinterbliebenen.
5. Die Unterstützung für ausgeschiedene Beamte, Angestellte und deren Hinterbliebene.
6. Die Rentenversorgung der früheren Schutzpolizeibeamten und ihrer Hinterbliebenen.
7. Die Übergangsgelälter, Unterhaltsbeiträge und Übergangsbezüge gemäß G 131.
8. Zuschüsse und Zulagen an andere Dienstherren gemäß § 71 e Abs. 3 und 7, Art. II § 3 Satz 2 G 131.
9. Die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für nichtbeamtete Bedienstete mit Ausnahme der Versorgung durch die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL).
10. Die Erstattung von Rentenleistungen nach § 72 Abs. 1 G 131 und § 99 Allgemeines Kriegsfolgengesetz (AKG).
11. Die Versorgung nach dem Reichsnährstands-Abwicklungsgesetz.

Aufbau

Die Durchführung der Versorgung obliegt:

1. den Pensionsregelungsbehörden bei den Regierungspräsidien Darmstadt und Kassel für die Staatsbeamten und ihre Hinterbliebenen mit Ausnahme der Justizbeamten;
2. der Pensionsregelungsbehörde beim Oberlandesgericht in Frankfurt am Main für den Bereich der Justizverwaltung;
3. dem Regierungspräsidium in Darmstadt für die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für nichtbeamtete Bedienstete des früheren Volksstaates Hessen, die aufgrund der Verordnung vom 24. Dezember 1929 (Hess. Reg.Bl. 1930 S. 11) gewährt wird.

Die Erstattungen des Landesbetriebs Staatliche Technische Überwachung Hessen für Versorgungsbezüge werden bei Kap. 14 03 - 281 01 vereinnahmt.

Die Erstattung von Versorgungszuschlägen für die beamteten Kräfte der Universitätsklinik wird bei Kap. 14 03 - 281 04 nachgewiesen.

Die Erstattungen von anteiligen Versorgungsbezügen aufgrund der §§ 42, 71 e und 78 a G 131 und des § 23 BWGöD sowie der §§ 107 b und 107 c BeamtVG werden

bei Kap. 14 03 - ETG 71 und
bei Kap. 14 04 - ATG 71

nachgewiesen.

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben (in DM)

Einzelplan 14		2000	1999
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	-	-
1	Eigene Einnahmen	2.015.000	1.315.000
2	Übertragungseinnahmen	69.403.000	96.942.000
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	557.000	530.000
		<hr/>	
Gesamteinnahmen		71.975.000	98.787.000
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	2.615.881.000	2.446.855.000
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	20.000	34.700
	Ausgaben für den Schuldendienst	-	-
6	Übertragungsausgaben	22.010.000	20.750.000
7	Bausausgaben	-	-
8	Sonstige Investitionsausgaben	-	-
9	Besondere Finanzierungsausgaben	9.130.000	-
		<hr/>	
Gesamtausgaben		2.647.041.000	2.467.639.700
Zuschuss / Überschuss		-2.575.066.000	-2.368.852.700

C. Personalsoll

	2000	Stellen	
		davon Leerstellen	1999 davon Leerstellen
Beamte und Richter	--	--	--
beamtete Hilfskräfte	--	--	--
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	--	--	--
Angestellte	--	--	2,0
davon Auszubildende	--	--	--
Arbeiter	--	--	--
davon Auszubildende	--	--	--
<hr/>			
Zusammen	--	--	2,0

D. Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Die Einnahmen und Ausgaben des weggefallenen Kap. 14 08 - Hessische Beamtenkrankenkasse in Darmstadt wurden in das Kap. 03 12 - Regierungspräsidien umgesetzt.

E. Zahl der Versorgungsberechtigten

Kapitel Titel	Art der Versorgungsbezüge	Stand: 01.02.1999	Stand: 01.02.1998	Stand: 01.02.1997
14 03-431 01, 432 01-19	Ruhegelder	29 717	28 653	27 574
14 03-431 02, 432 21-39	Witwen- und Waisengelder	14 519	14 521	14 560
14 04-439 02	Härtefälle	2	2	2
14 04-439 05	Versorgung nach dem Reichsnährstands-Abwicklungsgesetz	11	12	13
14 04-439 07	Zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung	181	220	250
14 04-442 14	Laufende Unterstützungen	2	2	2
14 04 - ATG 71	Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge	271	280	301
Summe		44 703	43 690	42 702

**Kapitel 14 03
Zivilversorgung**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2000 DM	1999 DM	1998 DM

14 03 Zivilversorgung

EINNAHMEN

**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dergleichen
(Eigene Einnahmen)**

119 46	931	Ersatzleistungen	2 000 000	1 300 000	1 811 379
--------	-----	----------------------------	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Der Ansatz ist in Anlehnung an das Aufkommen der Vorjahre geschätzt.

119 51	935	Vermischte Einnahmen	15 000	15 000	7 526
--------	-----	--------------------------------	--------	--------	-------

Erläuterungen:

Hier sind zu buchen:

1. Erstattung von Arbeitnehmerbeiträgen gemäß § 73 Abs. 2 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen (G 131) in der Fassung vom 13. Oktober 1965 (BGBl. I S. 1685), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2485),
2. Rückzahlung von Kapitalabfindungen gemäß § 45 (1) aaO,
3. Zahlung von Kapitalbeträgen an den Dienstherrn nach § 58 BeamtVG vom 16. März 1999 (BGBl. I S. 322) zur vollen oder teilweisen Abwendung der Kürzung der Versorgungsbezüge nach § 57 BeamtVG,
4. andere vermischte Einnahmen.

**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen
außer für Investitionen
(Übertragungseinnahmen)**

281 01	931	Erstattungen des Landesbetriebs Staatliche Technische Überwachung Hessen für Versorgungsbezüge	7 000 000	6 300 000	7 083 040
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Die Technische Überwachung wird seit 1. Januar 1977 als Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO geführt. Die für die ehemaligen Beamten der Technischen Überwachung zu zahlenden Versorgungsbezüge sind zu erstatten.

281 02	941	Erstattung von Abfindungen nach § 88 des Beamtenversorgungsgesetzes	--	--	1 830
--------	-----	---	----	----	-------

Erläuterungen:

Nach § 88 BeamtVG können Beamtinnen, die auf eigenen Antrag entlassen worden sind (§ 166 HBG), nach erneuter Berufung in ein Beamtenverhältnis eine frühere Abfindung, die anstelle einer Versorgungsleistung oder einer Nachversicherung gewährt worden ist, an ihren neuen Dienstherrn zurückzahlen.

**Kapitel 14 03
Zivilversorgung**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2000 DM	Ansatz 1999 DM	IST 1998 DM
281 03 931	Erstattungen von Versorgungszuschlägen für eine Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes	1 500 000	1 700 000	1 228 173
	Erläuterungen: Erstattung von Versorgungszuschlägen für Beamte, die ohne Dienstbezüge zur Dienstleistung bei anderen privaten Arbeitgebern beurlaubt worden sind und denen eine Gewährleistung auf lebenslängliche Versorgung auch für die Dauer der Beurlaubung zugesichert worden ist. Der Ansatz ist in Anpassung an die Istergebnisse der Vorjahre hochgerechnet.			
281 04 931	Erstattung von Versorgungszuschlägen für die beamteten Kräfte der Universitätsklinik	8 503 000	8 192 000	7 160 600
	Erläuterungen: Für die beamteten Kräfte der Universitätsklinik sind Versorgungszuschläge an den Landeshaushalt abzuführen (vgl. Erläuterungen in den Anlagen zu Kap. 15 06, 15 08 und 15 11).			
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)				
381 01 991	Zuführung aus anderen Kapiteln des Landeshaushalts	557 000	530 000	387 463
	Erläuterungen: 1. Zuführung aus Kap. 08 18 - 981 71 470 000 DM 2. Zuführung aus Kap. 08 17 - 981 71 87 000 DM			
	Zusammen	557 000 DM		
	zu 1.: Erstattung der Versorgungsbezüge für Beamte des Hessischen Landesprüfungsamtes für Krankenversicherung bzw. deren Hinterbliebene.			
	zu 2.: Versorgungszuschläge für die Beamten der Akkreditierungsstelle der Länder für Meß- und Prüfstellen zum Vollzug der Gefahrstoffverordnung in Kassel.			

**Kapitel 14 03
Zivilversorgung**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2000 DM	1999 DM	1998 DM

Titelgruppen

Titelgruppe 71
Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge

Zu ETG 71

Hier sind Erstattungen nach §§ 42, 71e und 78a G 131 und § 23 des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes (BWGöD) in der Fassung vom 15. Dezember 1965 (BGBl. I S. 2073), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. November 1973 (BGBl. I S. 1569) und nach § 63 in Verbindung mit § 62 Abs. 4 G 131 zu buchen. Weiterhin sind hier auch die Erstattungen von Versorgungslastenbeteiligungen anderer Dienstherren gemäß § 107b BeamtVG zu vereinnahmen.

Die Ansätze berücksichtigen die Entwicklung der Zahl der Rentenberechtigten für die eine Erstattung erfolgt.

241 71	935	vom Bund	50 000 000	78 000 000	53 196 010
242 71	935	von Ländern	1 300 000	1 500 000	1 325 712
243 71	935	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	100 000	200 000	136 698
246 71	935	von Sozialversicherungsträgern	150 000	200 000	170 152
247 71	935	von Zweckverbänden	250 000	200 000	240 720
281 71	935	von anderen (Inland)	400 000	400 000	362 602
Summe Titelgruppe 71			52 200 000	80 500 000	55 431 894
Gesamteinnahmen			71 775 000	98 537 000	73 111 906

**Kapitel 14 03
Zivilversorgung**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2000 DM	1999 DM	1998 DM

A U S G A B E N

Persönliche Verwaltungsausgaben

Die Ansätze bei den Titeln 431 01 bis 432 39 sind gegenseitig deckungsfähig

431 01	931	Versorgungsbezüge der Ministerpräsidenten und der Minister	4 200 000	3 700 000	3 938 949
Erläuterungen: 431 und 432					
Versorgungsbezüge nach dem voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung der zu erwartenden Veränderungen der Zahl der Versorgungsempfänger.					
431 02	931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Ministerpräsidenten und der Minister	650 000	850 000	642 185
432 01	931	Versorgungsbezüge der Polizeibeamten	254 500 000	219 300 000	228 979 329
432 02	931	Versorgungsbezüge der Lehrkräfte der Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen	919 500 000	840 700 000	815 566 502
432 05	931	Versorgungsbezüge der Lehrkräfte der Sonderschulen	51 000 000	48 000 000	46 622 817
432 07	931	Versorgungsbezüge der Lehrkräfte der kommunalen Berufsschulen, der Berufsfach-, Fach- und ehemaligen höheren Fachschulen	150 900 000	142 000 000	136 964 614
432 08	931	Versorgungsbezüge der Lehrkräfte der ehemaligen kommunalen Werkkunstschulen	143 000	135 000	138 510
432 11	931	Allgemeine Versorgung	375 100 000	347 900 000	337 309 706
432 14	931	Versorgungsbezüge der Beamten der Technischen Überwachung	5 500 000	4 350 000	5 223 803
432 15	931	Versorgungsbezüge der Justizbeamten	161 900 000	152 700 000	150 197 185
432 16	931	Versorgungsbezüge der Finanzbeamten	95 400 000	90 300 000	94 046 699
432 17	931	Versorgungsbezüge der Beamten des Hessischen Landesprüfungsamts für Krankenversicherung	200 000	351 000	194 553
432 19	931	Versorgungsbezüge der Forstbeamten	40 100 000	39 700 000	40 500 789
432 21	931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Polizeibeamten	76 100 000	71 200 000	71 815 539
432 22	931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Lehrkräfte der Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen	187 600 000	195 000 000	183 828 968

**Kapitel 14 03
Zivilversorgung**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2000 DM	Ansatz 1999 DM	IST 1998 DM
432 25 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Lehrkräfte der Sonderschulen	7 750 000	8 300 000	7 267 822
432 27 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Lehrkräfte der kommunalen Berufsschulen, der Berufsfach-, Fach- und ehemaligen höheren Fachschulen	28 750 000	24 800 000	26 141 423
432 28 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Lehrkräfte der ehemaligen kommunalen Werkkunstschulen	183 000	160 000	176 926
432 31 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der allgemeinen Versorgung	120 800 000	129 000 000	118 657 862
432 34 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Beamten der Technischen Überwachung	1 870 000	1 950 000	1 944 079
432 35 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Justizbeamten	57 900 000	58 000 000	59 251 891
432 36 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Finanzbeamten	46 460 000	45 700 000	47 533 037
432 37 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Beamten des Hessischen Landesprüfungsamts für Krankenversicherung	130 000	165 000	138 322
432 38 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der ehemaligen Angehörigen des Technischen Überwachungsvereins	116 000	140 000	134 840
432 39 931	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Forstbeamten	22 100 000	19 200 000	21 244 365
neu 461 01 981	Globale Mehrausgaben für Versorgungsbezüge Bei Versorgungserhöhungsgesetzen sind das Ministerium der Finanzen und das Ministerium des Innern und für Sport ermächtigt, bereits vor Verabschiedung des Gesetzes entsprechend dem Vorgehen des Bundes Abschlagszahlungen auf die zu erwartenden Erhöhungsbeträge zu leisten.	4 564 000	--	--

Erläuterungen:

Der Globalansatz berücksichtigt Mehrausgaben für die Erhöhung der Versorgungsbezüge abzüglich der Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des Landes Hessen".

**Sächliche Verwaltungsausgaben
Ausgaben für den Schuldendienst**

Sächliche Verwaltungsausgaben

526 01 931	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten . .	10 000	10 000	110
------------	--	--------	--------	-----

**Kapitel 14 03
Zivilversorgung**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2000 DM	1999 DM	1998 DM

Erläuterungen:

1.	(Amts)ärztliche Untersuchungen, Führungszeugnisse	10 000 DM		
2.	Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetz- ungskosten	-- DM		
3.	Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- und ande- re Parteikosten des Fiskus	-- DM		
4.	Kosten des Rechtsschutzes in Strafsachen	-- DM		

Zusammen 10 000 DM

**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse
außer für Investitionen
(Übertragungsausgaben)**

646 01 931	Erstattung von Rentenleistungen	10 000 000	8 500 000	8 299 784
------------	---	------------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Für die Erstattung der Aufwendungen des Trägers der Rentenversicherung aufgrund von Rentenanwartschaften, die durch Entscheidung des Familiengerichts begründet worden sind (§ 225 Abs. 1 SGB VI).
Der Ansatz berücksichtigt die Entwicklung der Erstattungen des Versorgungsausgleichs bei Ehescheidungen.

Besondere Finanzierungsausgaben

n e u

917 02 951	Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des Landes Hessen" für Versorgungsempfänger	9 130 000	--	--
------------	---	-----------	----	----

Erläuterungen:

Durch das Hessische Versorgungsrücklagengesetz vom 15. Dezember 1998 (GVBl. I S. 526) wurde zur Sicherung der Versorgungsaufwendungen nach § 14a Bundesbesoldungsgesetz das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des Landes Hessen" errichtet, das nach Abschluss der Zuführungen zum Jahresende 2013 über einen Zeitraum von 15 Jahren zur schrittweisen Entlastung von Versorgungsaufwendungen einzusetzen ist.

Die sich aus der Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen ergebenden Beträge sind jährlich nachträglich zum 15. Januar des Folgejahres der Versorgungsrücklage zuzuführen. Zum 15. Juni des laufenden Jahres ist jeweils ein Abschlag in Höhe des erwarteten Jahresbetrages zu leisten, der mit der Zuführung zum 15. Januar zu verrechnen ist.

Hier werden zentral für den Einzelplan 14 die Mittel veranschlagt, die an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des Landes Hessen" abzuführen sind.

Gesamtausgaben	2 632 556 000	2 452 111 000	2 406 760 612
---------------------------------	---------------	---------------	---------------

Kapitel 14 03
Zivilversorgung

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2000 DM	1999 DM	1998 DM

Abschluss Kapitel 14 03

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	--
1	Eigene Einnahmen	2 015 000	1 315 000	1 818 905
2	Übertragungseinnahmen	69 203 000	96 692 000	70 905 537
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	557 000	530 000	387 463
	Gesamteinnahmen	71 775 000	98 537 000	73 111 906
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	2 613 416 000	2 443 601 000	2 398 460 718
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	10 000	10 000	110
	Ausgaben für den Schuldendienst	--	--	--
6	Übertragungsausgaben	10 000 000	8 500 000	8 299 784
7	Bauausgaben	--	--	--
8	Sonstige Investitionsausgaben	--	--	--
9	Besondere Finanzierungsausgaben	9 130 000	--	--
	Gesamtausgaben	2 632 556 000	2 452 111 000	2 406 760 612
	Zuschuss/Überschuss	-2 560 781 000	-2 353 574 000	-2 333 648 707

Kapitel 14 04
Andere Versorgungsbezüge

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2000 DM	1999 DM	1998 DM
14 04	Andere Versorgungsbezüge			
	EINNAHMEN			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)			
119 51 931	Vermischte Einnahmen	--	--	--
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen außer für Investitionen (Übertragungseinnahmen)			
241 01 931	Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge durch den Bund	200 000	250 000	184 772
	Erläuterungen: Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge für Straßenunterhaltungspersonal.			
243 01 931	Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge durch Gemeinden und Gemeindeverbände	--	--	--
247 01 931	Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge durch Zweckverbände	--	--	--
	Gesamteinnahmen	200 000	250 000	184 772

Kapitel 14 04
Andere Versorgungsbezüge

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2000 DM	1999 DM	1998 DM

A U S G A B E N

Persönliche Verwaltungsausgaben

Die Ansätze bei den Titeln 439 02 bis 442 14 sind gegenseitig deckungsfähig.

439 02	931	Andere Versorgungsausgaben, insbesondere solche zur Beseitigung von Härten, die nicht auf Grund der Versorgungsgesetze ausgeglichen werden können	15 000	30 000	7 699
--------	-----	---	--------	--------	-------

Erläuterungen:

Versorgungsbezüge, die auf Grund von Billigkeitsmaßnahmen mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen in Einzelfällen nach freiem Ermessen zugestanden werden (Ermittlung einer fiktiven Versorgung).

439 05	935	Versorgung nach dem Reichsnährstands-Abwicklungsgesetz	500 000	600 000	494 535
--------	-----	--	---------	---------	---------

439 07	931	Ausgaben für die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der nichtbeamteten Bediensteten	1 900 000	2 400 000	1 747 363
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

1. Erstattung von Mehraufwendungen der VBL gem. Nr. 4 des Einführungserlasses zur GDO-ReichVers. vom 10. Dezember 1943 (RBBl. S. 215) für früher in der gesetzlichen Rentenversicherung überversicherte Angestellte, die bei Eintritt des Versorgungsfalles die Wartezeit bei der ZRL (jetzt VBL) noch nicht erfüllt hatten -- DM
2. Mehraufwand für Zusatzrenten an wiedergutmachungsberechtigte Landesbedienstete nach § 21 Abs. 4 BWGöD -- DM
3. Erstattung von Ersatzzusatzrenten an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte nach dem Abkommen über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für die Angestellten oder angestelltenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer bei der Preußischen Staatsverwaltung (PrBBl. 1932 S. 81) bzw. bei der Reichsverwaltung (RVBl. 1932 S. 45) -- DM
4. Zusatzversorgung der Angestellten und Arbeiter des ehemaligen Volksstaates Hessen nach der VO vom 24. Dezember 1929, soweit sie nicht bei der VBL versichert sind (das sind alle vor dem 1. April 1938 in den hessischen Staatsdienst eingetretenen Angestellten und Arbeiter) 660 000 DM
5. Ruhegelder und Hinterbliebenenversorgung nach der Rentenzuschußordnung für Angestellte der ehemaligen Bezirkskommunalverbände (hierunter fallen alle in der Zeit vom 1. Oktober 1929 bis 31. März 1938 eingestellten Angestellten) 80 000 DM

Kapitel 14 04
Andere Versorgungsbezüge

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2000 DM	1999 DM	1998 DM
6.	Ruhelöhne und Hinterbliebenenversorgung nach der Rentenzuschußordnung für Arbeiter der ehemaligen Bezirkskommunalverbände (hierunter fallen alle in der Zeit vom 1. Januar 1921 bis 31. März 1938 eingestellten Arbeiter)	360 000 DM		
7.	Ruhelöhne und Hinterbliebenenversorgung für Straßenwärter an Landstraßen II. Ordnung nach der Rentenzuschußordnung für Arbeiter (hierunter fallen nur die nach dem 1. April 1954 ausgeschiedenen Straßenwärter - vgl. § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Straßenbaulast für die Landstraßen II. Ordnung vom 6. Juli 1954 - GVBl. S. 127) . .	-- DM		
8.	Zusatzrenten (Ruhegelder, Ruhelöhne, Hinterbliebenenversorgung) für Angestellte und Arbeiter (einschließlich der Hinterbliebenen), die von kommunalen Dienststellen und Einrichtungen unter Aufrechterhaltung entsprechender Besitzstände in ein Arbeitsverhältnis zum Land Hessen übernommen worden sind	300 000 DM		
9.	Erstattung von Übergangsversorgung nach den Sonderregelungen 2 n zum Bundesangestellten-Tarifvertrag an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder auf Grund der Vereinbarung vom 25. März 1975	500 000 DM		
	Zusammen	1 900 000 DM		
442 14 941	Unterstützung für Beamte im Ruhestand und frühere Beamte, für ehemalige Angestellte und Arbeiter und deren Hinterbliebene	50 000	75 000	26 042
Sächliche Verwaltungsausgaben				
Ausgaben für den Schuldendienst				
Sächliche Verwaltungsausgaben				
526 01 935	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten . .	10 000	10 000	1 241
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse				
außer für Investitionen				
(Übertragungsausgaben)				
Die Ansätze bei den Titeln 641 02 bis 646 01 sind gegenseitig deckungsfähig.				
641 02 931	Erstattung von Rentenversorgung der früheren Schutzpolizeibeamten und ihrer Hinterbliebenen auf Grund des Preuß. Schutzpolizeibeamtengesetzes vom 16. August 1922 (GS S. 251)	50 000	90 000	36 548

Kapitel 14 04
Andere Versorgungsbezüge

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2000 DM	1999 DM	1998 DM

Erläuterungen:

Die Versorgungsberechtigten erhalten anstelle der bisherigen Versorgung nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 1. September 1953 an die im Bundesversorgungsgesetz - Neufassung vom 22. Juni 1976 (BGBl. I S. 1633) - vorgesehene Versorgung. Die Durchführung obliegt den Versorgungsämtern. Die von ihnen gezahlten Versorgungsbezüge werden vom Land halbjährlich erstattet.

Der Ansatz berücksichtigt die Entwicklung der Zahl der Versorgungsberechtigten.

646 01	935	Erstattung von Rentenleistungen	2 000 000	2 100 000	1 413 676
--------	-----	---	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

In den Fällen des § 72 Abs. 1 G 131 und des § 99 AKG wird anstelle der sonst üblichen Nachversicherung (durch Entrichtung von Beiträgen) eine fiktive Nachversicherung (durch Erteilung einer Bescheinigung über die Höhe des gewährten Arbeitsentgelts) durchgeführt. Da es sich um eine Ersatzversorgung handelt, werden die Erstattungen, soweit die Leistungen der Versicherungsträger der fiktiven Nachversicherung vom Land zu tragen sind, hier veranschlagt.

Kapitel 14 04
Andere Versorgungsbezüge

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2000 DM	1999 DM	1998 DM

Titelgruppen

Titelgruppe 71
Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge

Zu ATG 71

Hier sind Erstattungen nach §§ 42, 71e und 78a G 131, nach § 23 BWGÖD und nach § 63 in Verbindung mit § 62 Abs. 4 G 131 zu buchen. Weiterhin sind zulasten der ATG auch Versorgungslastenbeteiligungen an andere Dienstherrn für aus Hessen übernommene Beamte oder Richter gemäß §§ 107b und 107c BeamtVG zu leisten.

Die Ansätze berücksichtigen insbesondere die Zahl der von den neuen Ländern übernommenen Beamten.

641 71	935	an den Bund	5 300 000	4 900 000	2 341 777
642 71	935	an Länder	3 500 000	3 000 000	3 356 345
643 71	935	an Gemeinden und Gemeindeverbände	900 000	900 000	777 335
646 71	935	an Sozialversicherungsträger	50 000	50 000	31 334
647 71	935	an Zweckverbände	10 000	10 000	7 842
671 71	935	an andere im Inland	200 000	200 000	110 514
Summe Titelgruppe 71			9 960 000	9 060 000	6 625 145
Gesamtausgaben			14 485 000	14 365 000	10 352 248

Kapitel 14 04
Andere Versorgungsbezüge

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2000 DM	1999 DM	1998 DM

Abschluss Kapitel 14 04

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	--
1	Eigene Einnahmen	--	--	--
2	Übertragungseinnahmen	200 000	250 000	184 772
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	--	--	--
Gesamteinnahmen		200 000	250 000	184 772
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	2 465 000	3 105 000	2 275 638
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	10 000	10 000	1 241
	Ausgaben für den Schuldendienst	--	--	--
6	Übertragungsausgaben	12 010 000	11 250 000	8 075 369
7	Bauausgaben	--	--	--
8	Sonstige Investitionsausgaben	--	--	--
9	Besondere Finanzierungsausgaben	--	--	--
Gesamtausgaben		14 485 000	14 365 000	10 352 248
Zuschuss/Überschuss		-14 285 000	-14 115 000	-10 167 476

Kapitel 14 08
Hessische Beamtenkrankenkasse in Darmstadt (Weggefallenes Kapitel)

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2000 DM	1999 DM	1998 DM

14 08

H e s s i s c h e
B e a m t e n k r a n k e n k a s s e
i n D a r m s t a d t
(W e g g e f a l l e n e s K a p i t e l)

Zu Kapitel 14 08

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels wurden in das Kapitel
03 12 - Regierungspräsidien umgesetzt.

E I N N A H M E N

Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dergleichen
(Eigene Einnahmen)

119 01	211	Vermischte Einnahmen	--	--	--
Gesamteinnahmen			--	--	--

Kapitel 14 08
Hessische Beamtenkrankenkasse in Darmstadt (Weggefallenes Kapitel)

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2000 DM	1999 DM	1998 DM

A U S G A B E N

Persönliche Verwaltungsausgaben

425 01	211	Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen -	--	149 000	107 700
425 02	211	Vergütungen der Angestellten - Einzelzahlungen -	--	--	--
425 41	211	Vergütungen der Angestellten - Leerstellen -	--	--	--

Sächliche Verwaltungsausgaben
Ausgaben für den Schuldendienst

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	211	Geschäftsbedarf	--	2 000	1 499
512 01	211	Bücher, Zeitschriften	--	1 000	342
513 01	211	Post- und Fernmeldegebühren	--	6 500	3 815
515 01	211	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	--	1 000	--
526 01	211	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	--	100	--
527 01	211	Reisekosten	--	100	--

Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse
außer für Investitionen
(Übertragungsausgaben)

682 01	224	Zur Deckung von Fehlbeträgen	--	1 000 000	510 000
--------	-----	--	----	-----------	---------

Kapitel 14 08
Hessische Beamtenkrankenkasse in Darmstadt (Weggefallenes Kapitel)

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2000 DM	1999 DM	1998 DM

Titelgruppen

Titelgruppe 69
Maschinelle Aufbereitung

Zu ATG 69

Die Buchungsvorgänge für den Kassen-, Beitrags- und Leistungsbereich werden mit Hilfe eines DV-Systems abgewickelt.

515 69	211	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	--	2 000	690
522 69	211	Verbrauchsmittel der maschinellen Aufbereitung . .	--	1 000	--
525 69	211	Aus- und Fortbildung, Umschulung	--	1 000	--
547 69	211	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben .	--	--	--
812 69	211	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstige Gebrauchsgegenstände	--	--	--
Summe Titelgruppe 69			--	4 000	690
Gesamtausgaben			--	1 163 700	624 046

Kapitel 14 08
Hessische Beamtenkrankenkasse in Darmstadt (Weggefallenes Kapitel)

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2000 DM	1999 DM	1998 DM

Abschluss Kapitel 14 08

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	--
1	Eigene Einnahmen	--	--	--
2	Übertragungseinnahmen	--	--	--
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	--	--	--
Gesamteinnahmen		--	--	--
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	--	149 000	107 700
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	--	14 700	6 346
	Ausgaben für den Schuldendienst	--	--	--
6	Übertragungsausgaben	--	1 000 000	510 000
7	Bauausgaben	--	--	--
8	Sonstige Investitionsausgaben	--	--	--
9	Besondere Finanzierungsausgaben	--	--	--
Gesamtausgaben		--	1 163 700	624 046
Zuschuss/Überschuss		--	-1 163 700	-624 046

Abschluss für den Einzelplan 14

Haushaltsjahr 2000

Einzelplan und Kapitel	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Eigene Einnahmen	Übertragungs- einnahmen	Vermögenswirk- same und besonde- re Finanzier- ungseinnahmen	Gesamt- einnahmen
		DM	DM	DM	DM	DM
14 03	Zivilversorgung	-	2.015.000	69.203.000	557.000	71.775.000
14 04	Andere Versorgungsbezüge	-	-	200.000	-	200.000
14 08	Hessische Beamtenkrankenkasse in Darmstadt (Weggefallenes Kapitel)	-	-	-	-	-
	Insgesamt:	-	2.015.000	69.403.000	557.000	71.975.000

Persönliche Verwaltungs- ausgaben	Sächliche Verwal- tungsausgaben Ausgaben für den Schuldendienst	Übertragungs- ausgaben	Bauausgaben	Sonstige Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (-)
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
2.613.416.000	10.000	10.000.000	-	-	9.130.000	2.632.556.000	-2.560.781.000
2.465.000	10.000	12.010.000	-	-	-	14.485.000	-14.285.000
-	-	-	-	-	-	-	-
2.615.881.000	20.000	22.010.000	-	-	9.130.000	2.647.041.000	-2.575.066.000

**STELLENPLÄNE
STELLENÜBERSICHTEN**

Kapitel 14 08
Hessische Beamtenkrankenkasse in Darmstadt (Weggefallenes Kapitel)

425 01

STELLENÜBERSICHT 2000

Stellenübersicht

Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	2000	Stellen (Vorjahr)
V c	(001)	--	(1)
VII	(001)	--	(1)
Zusammen		--	(2)

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII: Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

425 01

ERLÄUTERUNGEN

Änderung der Stellenübersicht bei 425 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 1999	Veränderungen aufgrund von/durch														Stellen lt.Haus- halts- plan 2000		
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2000		Hebungen 2000		Umset- zungen/ Umwandl. 2000		Sonstige Verände- rungen 2000			
1	2	3	+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	11	12
V c	(001)	1,0																1,0	0,0
VII	(001)	1,0																1,0	0,0
Versch.		0,0																	0,0
Zusammen		2,0																2,0	0,0

Zu Spalte 10: Umsetzung nach Kap. 03 12.